

# Matthias Hauer

Ihr Abgeordneter für den Essener Süden und Westen

Newsletter ··· 2/14



© Bundesregierung/Steffen Kugler

Die Bundeskanzlerin redet zum Haushalt 2014 im Deutschen Bundestag.

## Wichtige Weichen vor der Sommerpause

Noch vor der Sommerpause des Parlaments hat die Koalition wichtige Vorhaben auf den Weg gebracht. Seit 45 Jahren verabschiedet der Bund zum ersten Mal einen strukturell ausgeglichenen Haushalt. Das ist ein historischer Erfolg unionsgeführter Politik! „Die demografische Entwicklung erfordert eine vorausschauende Finanzpolitik, die unseren Lebensstandard und die soziale Sicherheit auch in der Zukunft gewährleistet“, betonte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble. Kein Schuldenberg, sondern mehr Handlungsspielraum in der Zukunft – dafür steht die CDU.

Gleichzeitig beinhaltet der Haushalt 2014 mehr Mittel für Investitionen in Schlüsselbereiche: Der Etat für Bildung und Forschung hat sich seit 2005 auf 15 Milliarden Euro verdoppelt. In die Verkehrsinfrastruktur investieren wir fünf Milliarden Euro mehr. Und wir setzen konsequent unser Anliegen um, die Kommunen weiter zu entlasten. Mit über 22 Milliarden Euro unterstützt der Bund die Kommunen 2014 direkt oder indirekt bei ihren Aufgaben: unter anderem bei der Grundsicherung im Alter, der Eingliederungshilfe, bei Kinderbetreuung und Bildung.

Und nicht zuletzt: Nach zähen Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission und der Bundesregierung hat der Bundestag im Juni die Änderungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes beschlossen. Besonders im Fokus: die Ausgleichsregelungen für stromintensive Unternehmen. Die Wünsche der EU-Kommission hätten viele Unternehmen zum Bankrott geführt. Die aktuelle Regelung reduziert die EEG-Umlage auf ein verträgliches Maß – und schützt damit unseren Industriestandort und viele Arbeitsplätze auch in Essen.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Essenerinnen und Essener!

Wäre am Sonntag Bundestagswahl, würden 41 Prozent der Deutschen für die Union stimmen – eine sehr positive Bilanz unserer Politik in der ersten Jahreshälfte! Wir haben viel bewegt: Seit 1. Juli profitieren etwa neun Millionen Frauen von der Mütterrente. Wir sorgen aber auch durch eine nachhaltige Finanzpolitik für Generationengerechtigkeit und stabilisieren den Strompreis in der Energiewende.

Aber darauf wollen wir uns nicht ausruhen: Der Deutsche Bundestag hat auf Initiative der Union die Einstufung von Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien als sichere Herkunftsstaaten abschließend beraten. Diese Maßnahme war überfällig, denn schon heute liegt die Anerkennungsquote von Antragstellern aus diesen Staaten bei unter einem Prozent! Im Bundesrat bestehen jedoch noch Widerstände. Hier muss auch das Land NRW seiner Verantwortung nachkommen und zudem dafür sorgen, dass Asylbewerber nicht direkt den Kommunen zugeteilt werden, obwohl kein Asylanspruch besteht.

Und noch ein strittiges Thema stand zur Debatte: Leider konnte ich mich bei der Abstimmung über die Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes nicht der Meinung der Koalition anschließen (siehe dazu meine Erklärung auf Seite 3). Ich stehe weiterhin für die Optionspflicht und eine bewusste Entscheidung für unser Land ein.

Ihr

Matthias Hauer MdB

**CDU**



# Berlin



Bitkom: Expertendiskussion über die Zukunft des bargeldlosen Zahlungsverkehrs

## Finanzpolitik

Auch in der Finanzpolitik hat die unionsgeführte Koalition Schwerpunkte gesetzt: Mit dem verabschiedeten Gesetz zur Absicherung stabiler und fairer Leistungen für Lebensversicherte tragen wir dazu bei, dass sich die private Altersvorsorge weiterhin lohnt: Versicherte werden auch in Zukunft und bei den aktuell niedrigen Zinssätzen die zugesagten Leistungen erhalten.

••• **Rating-Agenturen:** In meiner zweiten Rede im Deutschen Bundestag am 3. Juli habe ich mich zur Regulierung von Rating-Agenturen geäußert. Die neue Gesetzgebung begrenzt Interessenskonflikte, erhöht Transparenz und Wettbewerb und schränkt den übermäßigen Rückgriff auf externe Ratings ein. Damit setzt die Union ihr Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag um, Rating-Agenturen stärker zu regulieren.

••• **Bitkom:** „Wie kann die Politik digitale Geschäftsmodelle fördern?“ Über diese Frage habe ich am 25. Juni auf einem Forum der Bitkom (Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien) mit finanzpolitischen Experten diskutiert (siehe Foto). Im Fokus stand die Frage, ob die Höhe von Interbankentgelten bei Kartenzahlungen beschränkt werden soll.

## Rede zu Kommunal финанzen

Meine erste Rede im Deutschen Bundestag habe ich am 22. Mai zu einem für Essen sehr wichtigen Thema gehalten: Es ging um die finanzielle Lage der Kommunen und konkret um einen Antrag der Fraktion „Die Linke“. Bei der Kommunalfinanzierung hat der Bund bereits sehr viel getan: Durch die Übernahme der Kosten der Grundversicherung hat die schwarz-gelbe Bundesregierung bereits die größte Kommunalentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik auf den Weg gebracht. Und diesen Weg geht die Große Koalition entschieden weiter: 2014 werden die Kommunen direkt und indirekt in Höhe von über 22 Milliarden Euro entlastet. Dem gegenüber steht ein völlig unzureichender kommunaler Finanzausgleich durch das Land Nordrhein-Westfalen. NRW muss endlich seiner Verantwortung gerecht werden, für eine angemessene finanzielle Ausstattung seiner Kommunen zu sorgen. Die vollständige Rede können Sie anschauen auf: <http://dbtg.tv/fvid/3440492>



© Deutscher Bundestag / Achim Meide

Bundesbankchef Dr. Jens Weidmann zu Gast im Finanzausschuss des Deutschen Bundestags

## Thema aus dem Finanzausschuss

### Rating-Agenturen

Rating-Agenturen bewerten die Kreditwürdigkeit von Unternehmen, Banken und Staaten. Ihr Urteil hat eine große Bedeutung. Die weltweit einflussreichsten Rating-Agenturen sind Standard & Poor's, Moody's und Fitch. Rating-Agenturen haben erheblich zur Entstehung der Finanzkrise 2008 beigetragen. Daher wurde im Koalitionsvertrag verankert, dass Rating-Agenturen stärker reguliert werden müssen. Rating-Agenturen sind eines der Themen, für die ich im Finanzausschuss zuständig bin.



# Position

## Persönliche Stellungnahme zum Staatsangehörigkeitsgesetz

Mit dieser persönlichen Erklärung hat Matthias Hauer der Fraktionspitze sein von der Koalition abweichendes Abstimmungsverhalten zum Staatsangehörigkeitsgesetz dargelegt, welches er bereits in der vorangegangenen Fraktionssitzung angezeigt hatte.

**Matthias Hauer:** „Während des Bundestagswahlkampfes 2013 habe ich aus voller Überzeugung die im Regierungsprogramm 2013-2017 festgelegte Position der Union vertreten, dass das sogenannte Optionsmodell sich bewährt hat und die Union aus guten Gründen eine generelle Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft ablehnt; auch weil diese oft mit Problemen bei der Rechtsdurchsetzung und in zivilen Auseinandersetzungen verbunden ist.“

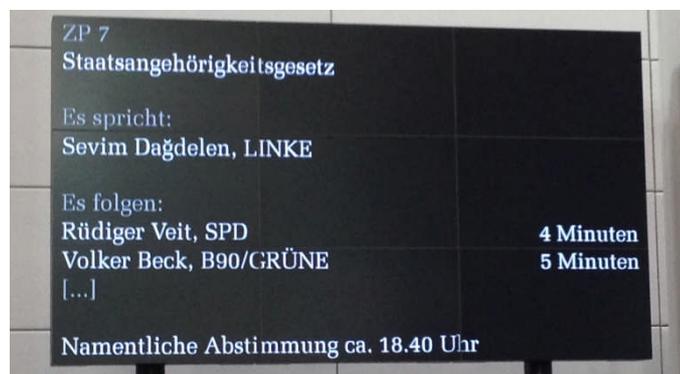
Diese Position halte ich heute noch für richtig. Das Optionsmodell hat sich auch in der Praxis bewährt. Laut der BAMF-Einbürgerungsstudie 2011 kommen Entscheidungen gegen die deutsche Staatsangehörigkeit „so gut wie nicht vor“. Hinzu kommt, dass nur etwa 13 Prozent der Optionspflichtigen angeben, durch die Aufgabe der ausländischen Staatsangehörigkeit in einen Gewissenskonflikt zu geraten.

Die Optionspflicht befördert vor allem eine bewusste Entscheidung für die neue Heimat und verhindert Loyalitätskonflikte sowie zahlreiche praktische und rechtliche Probleme, die Mehrstaatlichkeit mit sich bringt.

Der geplante Wegfall der Optionspflicht für Migrantinnen und Migranten, die in Deutschland aufgewachsen sind, widerspricht nicht nur der noch im Bundestagswahlkampf 2013 von der Union vertretenen Position, sondern bringt in der Folge auch Entwicklungen mit sich, vor denen die Union in der Vergangenheit stets gewarnt hat.

So wird die Neuregelung dazu führen, dass der „Doppelpass“ bei im Inland aufgewachsenen Migrantinnen und Migranten zur Regel wird. Dies läuft dem bewährten Grundsatz des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts zuwider, Mehrstaatlichkeit möglichst zu vermeiden. Während bestehende Ausnahmen – z.B. für EU-Bürger vor dem Hintergrund der fortgeschrittenen Integration innerhalb der Europäischen Union und der Unionsbürgerschaft – vertretbar sind, ist eine generelle Hinnahme von Mehrstaatlichkeit nicht erstrebenswert.

Im Rahmen der öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages zum Thema Optionspflicht am 23.06.2014, an der ich teilgenommen habe, wies der Sachverständige Prof. Dr. Christian Hillgruber zudem zurecht auf das Problem einer ungerechtfertigten Privilegierung von Doppelstaatlern hin: Je nach Ausgestaltung des Wahlrechts kann eine Doppelstaatlichkeit auch zu einem doppelten Wahlrecht führen. Das kann nicht



nur die Gefahr von Loyalitätskonflikten bei der Ausübung von Ämtern zur Folge haben, sondern auch den Import von politischen Konflikten anderer Staaten nach Deutschland begünstigen. Zudem ist die politische Instrumentalisierung einer zahlenmäßig bedeutsamen Gruppe durch einen ausländischen Staat nicht ausgeschlossen.

Bei einem Wegfall der Optionspflicht für im Inland aufgewachsene Migrantinnen und Migranten besteht darüber hinaus die Gefahr, dass zukünftig Mehrstaatlichkeit von Generation zu Generation weitergegeben wird. Diese Perpetuierung ist aus integrationspolitischer Sicht kontraproduktiv und kann die Entstehung von Parallelgesellschaften begünstigen.

Die Anstrengungen der Union im Bereich der Integrationspolitik begrüße und unterstütze ich ausdrücklich. Eine erfolgreiche Politik in diesem Bereich ist ein entscheidender Baustein für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Dabei gilt es jedoch auch, der Versuchung zu widerstehen, den für alle Seiten bequemsten Weg zu beschreiten, denn dieser führt häufig nicht zu dem angestrebten Ziel.

Mit der bewussten Entscheidung für die deutsche Staatsangehörigkeit sollte der Integrationsprozess der in Deutschland aufgewachsenen Migrantinnen und Migranten seinen erfolgreichen Abschluss finden. Dafür werbe ich und das war auch der Grundgedanke des Optionsmodells. Die Entscheidung für die deutsche Staatsangehörigkeit ist eine bewusste Entscheidung für unser Land. Sie bedeutet nicht die Aufgabe der Herkunft eines Menschen.

Doppelte Staatsangehörigkeiten regelmäßig und dauerhaft zu ermöglichen, ist meiner Ansicht nach mit den bisherigen Grundsätzen der Union im Bereich der Integrationspolitik nicht zu vereinbaren. Daher werde ich in dieser Frage abweichend von der Fraktionsmehrheit abstimmen und den von der Bundesregierung auf Initiative der SPD eingebrachten Entwurf eines „Zweiten Gesetzes zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes“ ablehnen.“

# Essener in Berlin



## Jugend und Parlament

**Einmal Bundestagsabgeordneter „auf Zeit“:** Vier Tage lang war der Essener Student Yannick Lubisch im Juni zu Gast im Deutschen Bundestag. Auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Matthias Hauer nahm der 18-jährige Werdener am Programm „Jugend und Parlament“ teil. 315 junge Menschen im Alter von 16 bis 20 Jahren schlüpften dabei für vier Tage in die Rolle der Abgeordneten und simulierten die Arbeit in den Fraktionen, Landesgruppen und Ausschüssen. Yannick Lubisch: „Es war eine tolle Erfahrung für mich, die parlamentarischen Prozesse aus nächster Nähe zu erleben. Ich habe viel gelernt, vor allem auch, wie politische Debatten ablaufen.“

## Essener Schülerinnen und Schüler zu Gast bei Matthias Hauer in Berlin

In den vergangenen Wochen haben vier weitere Klassen aus Essener Schulen Matthias Hauer in Berlin besucht, darunter die Klassen 9a und c des Grashof Gymnasiums, die Klasse 9a der B.M.V.-Schule sowie die 10b der Albert-Einstein-Realschule. „Die Schülerinnen und Schüler waren alle sehr interessiert“, sagt Matthias Hauer. „Mir macht der direkte Kontakt zu den Jugendlichen in meinem Wahlkreis besonders viel Spaß. Da ich selbst mit etwa 15 Jahren begonnen habe, mich aktiv in der Politik zu engagieren, kann ich ihre Fragen sehr gut nachvollziehen.“

Auch die Jugendlichen sind oft von dem Besuch im „Herzen der parlamentarischen Demokratie“ begeistert: „Es war alles sehr anschaulich erklärt“, erzählt zum Beispiel der 16-jährige Moritz Knab von der Albert-Einstein-Realschule. Am meisten hat ihn beeindruckt, dass ein Abgeordneter zu allererst seinem eigenen Gewissen verpflichtet ist. „Ich habe gespürt, dass Matthias Hauer von Politik begeistert ist und sich genau in seine Themen einarbeitet“, sagt er. Ähnlich sieht das auch sein Klassenkamerad Matthias Spehr: „In einer politischen Rede oder einem Gesetzentwurf steckt enorm viel Vorbereitung – davor habe ich echt Respekt“, so der 16-Jährige.

Zu einem Besuch im Deutschen Bundestag gehören ein Vortrag im Plenarsaal, ein Gespräch mit dem Abgeordneten sowie ein Besuch der Reichstagskuppel. Anmelden können sich Schülergruppen ab der 9. Klasse im Bundestagsbüro von Matthias Hauer (siehe „Kontakt“, S. 6).



# Essen

## Unwetter: Lagebesprechung bei der Feuerwehr

Das heftigste Unwetter seit Jahren hat am Pfingstmontag starke Verwüstungen angerichtet. Schwere Gewitter, Starkregen und Sturm mit bis zu 120 km/h zerstörten Bäume und verursachten massive Schäden im öffentlichen Nahverkehr, an städtischen Gebäuden und an privaten Gütern. Die Stadt Essen hat in ganz NRW den höchsten Schaden gemeldet. Am 15. Juni machte sich Matthias Hauer mit Armin Laschet MdL, Bürgermeister Franz-Josef Britz, Thomas Kufen MdL, Oberbürgermeister Reinhard Paß, Jutta Eckenbach MdB, Oliver Wittke MdB und Beigeordneter Christian Kromberg bei der Feuerwehr ein Bild von der aktuellen Lage. Die Aufräumarbeiten dauern an – jetzt braucht die Stadt finanzielle Unterstützung vom Land.



## Kameruntag in Essen-Überruhr

Mit Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums Essen-Überruhr hat Matthias Hauer am 17. Juni über die politische Lage sowie Menschenrechtssituation in Kamerun diskutiert. „Es ist wichtig, auch über den Tellerrand in Europa hinauszuschauen“, sagt Matthias Hauer danach. „Als Mitglied im Arbeitskreis Afrika der CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe ich sehr gern an diesem Gespräch teilgenommen.“ Die Diskussion war Teil eines ganzen Tages zu Kamerun, den die Schülerinnen und Schüler des Kamerun-Projektkurses des Gymnasiums organisiert hatten. Neben dem politischen Gespräch ging es auch um Kultur und Geschichte des westafrikanischen Landes. Die Veranstaltung fand in der Schulte-Hinsel-Straße in Überruhr statt.

## Unterstützung beim Kommunalwahlkampf

Am 25. Mai hat Essen gewählt: Neben ihrer Stimme für das Europäische Parlament waren die Essenerinnen und Essener auch aufgefordert, für den Rat der Stadt und die Bezirksvertretungen zur Wahlurne zu gehen. Selbstverständlich hat Matthias Hauer die CDU in Essen im Wahlkampf unterstützt (hier zum Beispiel im Unterdorf von Burgaltendorf bei Wind und Wetter). „Herzlichen Glückwunsch an alle erfolgreichen Kandidatinnen und Kandidaten der CDU. Ich wünsche Ihnen ein gutes politisches Händchen für unsere Stadt“, gratulierte Matthias Hauer.



## Tag der offenen Klöster

Am Tag der offenen Klöster hat Matthias Hauer in seinem Wahlkreis das Kloster der Augustiner Chorfrauen in Holsterhausen besucht, die auch an der B.M.V.-Schule tätig sind. „Tolle Eindrücke vom Klosterleben“, kommentierte er danach auf Facebook. „Es hat sich wirklich gelohnt.“ Schon zum dritten Mal öffneten die Chorfrauen ihr Kloster, um der breiten Öffentlichkeit ihr Wirken und das Ordensleben vorzustellen. Viele Interessierte, gerade auch viele ehemalige Schülerinnen der B.M.V.-Schule, nutzten den Tag, um einen Blick hinter die Klostermauern, in den Klostergarten und vom Klостerturm zu werfen. Eine Schülerinnen-Gruppe der B.M.V.-Schule war kürzlich auch bei Matthias Hauer in Berlin zu Gast (S. 4).

# Kontakt



## Büro Berlin

Deutscher Bundestag  
Matthias Hauer MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030 227 75169

Fax: 030 227 76169

Unterstützen mich in Berlin: Dirk Stahns,  
Elena Zettelmeyer, Katrin Arnholz (v.l.)



## Büro Essen

Matthias Hauer MdB  
Blücherstr. 1  
45141 Essen

Tel.: 0201 545 46100

Fax: 0201 545 46101

Unterstützen mich in Essen: Constantin Hessel-  
mann, Daniela Rittkowski, Marie Kohls (v.l.)

E-Mail: [matthias.hauer@bundestag.de](mailto:matthias.hauer@bundestag.de)

Facebook: [facebook.com/matthiashauer.cdu](https://www.facebook.com/matthiashauer.cdu)

Twitter: [twitter.com/MatthiasHauer](https://twitter.com/MatthiasHauer)

